Bund kompakt

Auszug aus der Berichterstattung über die Sitzung des Präsidiums des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) am 20. und 21. Juni im Newsletter Bund kompakt am 26. Juni

Zur Lage im Nahen Osten

Auf der Bundesratstagung Ende Mai gab es aus den Reihen der Delegierten den Antrag, eine Resolution zur Situation im Nahen Osten zu verabschieden. Wegen der vollen Tagesordnung blieb dafür keine Zeit. Deshalb hat sich das **Präsidium** in seiner Sitzung am vergangenen Wochenende **ausführlich damit befasst**. Eingeflossen sind dabei auch Rückmeldungen und Gedanken aus dem Beirat „Evangelium und gesellschaftliche Verantwortung“ und aus dem Fachkreis „Christen und Juden“.

Die Antragsstellerinnen und Antragssteller beim Bundesrat hatten sich auf die Stellungnahme des Präsidiums vom 13. September 2024 berufen und darauf verwiesen, dass sich die humanitäre Situation – insbesondere – im Gazastreifen seitdem deutlich verschlimmert hat. Das war auch der Ausgangspunkt der Diskussion im Präsidium, das **erschüttert ist vom schrecklichen Leid** in dem Küstenstreifen und auch im Westjordanland. **Hunger, Vertreibung und die hohe Zahl der Toten** sind entsetzlich. Vor diesem Hintergrund ist Kritik angemessen, auch Kritik an der israelischen Regierung. Gleichzeitig wurde in der Diskussion eine Zerrissenheit deutlich: zwischen berechtigter Kritik und der Solidarität mit Israel, einem Volk und Land, das dem Vernichtungswillen seiner Feinde gegenübersteht. Doch das darf kein Entweder-oder sein.

Unverrückbar ist für das Präsidium dabei der Grundsatz, dass wir uns **an die Seite der Opfer stellen** – wie auch immer wir die Lage politisch einschätzen. Unsere Solidarität gilt denen, die leiden. Hier macht es keinen Unterschied, auf welcher Seite sie stehen. Im Gespräch zeigte sich auch, dass die **Situation sehr komplex** ist und niemand über ausreichend Informationen verfügt, um alles wirklich klar beurteilen zu können. Eine Aufgabe der Gemeinden sieht das Präsidium darin, **Orte für Gespräche zu schaffen**. Hier ist es wichtig, auch Positionen zuzulassen, denen man vielleicht nicht zustimmt. Klare Kritik darf sein, doch ohne ein Ohr für das Gegenüber geht es nicht. Denn in einer hitzig geführten Debatte führt eine scharfe Wortwahl sonst allzu schnell zu Polarisierung und bricht Gräben auf, die sich dann kaum mehr überwinden lassen.

Den zunehmenden **Antisemitismus** in Deutschland sieht das Präsidium **mit großer Sorge**. Kritik an den politisch Verantwortlichen in Israel darf auf keinen Fall damit einhergehen, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland oder andernorts in ihrer Sicherheit bedroht sind. Das Präsidium erinnert auch an die bedrohliche Lage, der Israel ausgesetzt ist, an das Selbstverteidigungsrecht des Landes und an die Gräuel vom 7. Oktober 2023. Das Ziel der Hamas und der Hisbollah sowie einzelner Staaten im Nahen Osten, den Staat Israel und

jüdisches Leben auszulöschen, ist unerträglich. Menschen, die dies auf unseren Straßen bei Demonstrationen gegen den Staat Israel skandieren, muss entschlossen entgegengetreten werden.

Was die Eskalation zwischen Israel und dem Iran betrifft, ermutigt das Präsidium auch dazu, **an die Menschen im Iran und an die Geschwister in unseren Gemeinden zu denken**. Pastor Mohsen Kornelsen (EFG Ingolstadt) hatte einen Gebetsaufruf veröffentlicht, und vergangenen Montag gab es ein von Pastor Omid Homayouni (Landesverband Nordwestdeutschland) organisiertes Online-Gebetstreffen.

Das Präsidium ruft auf: zum **Gebet** für die Opfer, für die politisch Verantwortlichen, für Frieden. Und es ermutigt dazu, besonnen zu handeln, die Betroffenen zu unterstützen, Unrecht zu benennen und gleichzeitig Brücken zu bauen. Im Jahr des Gedenkens an „500 Jahre Täuferbewegung“ erinnert das Präsidium dabei auch an das **täuferische Erbe der Gewaltlosigkeit**. Mit unseren Worten und Taten wollen wir dazu beitragen, Frieden zu schaffen und Unrecht zu überwinden.